

## **Antrag**

an die 185. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

### **AK-Beitrag nicht kürzen und gesetzliche Mitgliedschaft erhalten**

Österreich ist im Vergleich zur übrigen Eurozone mit einer anhaltend hohen Teuerung konfrontiert, welche nicht nur die Lebensqualität der breiten Bevölkerung verringert, sondern in vielen Fällen auch Existenzen gefährdet. Die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit mögen die Situation zwar verschärft haben, allerdings liegt es in der Verantwortung der Bundesregierung, die Bevölkerung nachhaltig von den Folgen der Teuerung zu schützen. Bisher tut sie das aber nur mit unzureichenden Maßnahmen. Die bisherigen Staatshilfen– zT Einmalzahlungen – wirken nicht nachhaltig, sie reichen bei weitem nicht aus, um die negativen Folgen der Teuerung auf die Arbeitnehmer:innen auszugleichen. Gerade in solch schwierigen Zeiten haben die Arbeiterkammern die Pflicht, die Interessen der Arbeitnehmer:innen gegenüber der Politik noch stärker zu vertreten, sowie Maßnahmen vorzuschlagen und durchzusetzen, die ihre Mitglieder nachhaltig unterstützen und vor der Teuerung schützen.

Eine Senkung der AK-Beiträge, wie sie derzeit von neoliberalen und konservativen politischen Parteien gefordert wird, würde den Arbeiterkammern die Mittel nehmen, die sie zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und die politische Schlagkraft für eine Vertretung ihrer Mitglieder braucht. Die finanzielle Schwächung der Arbeiterkammern zielt nicht auf eine Entlastung der Arbeitnehmer:innen ab, sondern auf eine Schwächung ihrer politischen Mitspracherechte. Den Befürwortern einer Beitragskürzung geht es darum, die AK als starke interessenspolitische Institution in der Sozialpartnerschaft auszuschalten. Für die Zukunft wird es jedoch notwendig sein, die Leistungen stetig auszubauen sowie innovativ an zukünftige Herausforderungen anzupassen.

Die gesetzliche Mitgliedschaft stellt nicht nur die dafür nötige finanzielle Basis sicher, sie sorgt auch dafür, dass alle Arbeitnehmer:innen von den Leistungen und dem Schutz profitieren können, den die Arbeiterkammer bietet. Gleichzeitig würde die Pflichtmitgliedschaft zur Wirtschaftskammer ebenfalls zur Disposition stehen und die Sozialpartnerschaft in Österreich der Vergangenheit angehören. All jene, die die Pflichtmitgliedschaft in Frage stellen, sollte auch bewusst sein, dass ein funktionierendes sowie flächendeckendes Kollektivvertragssystem nicht mehr vorhanden wäre.

Wir werden deshalb nicht zulassen, dass politische Kräfte durch Kürzung der AK-Beiträge und Abschaffung der gesetzlichen Mitgliedschaft die Arbeiterkammer nachhaltig schwächen und somit auch den sozialen Frieden im Land gefährden.

**Aus all diesen Gründen stellt sich die 185. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter:innen und Angestellte entschieden gegen die Aufhebung der gesetzlichen Mitgliedschaft und die Kürzung des AK-Beitrags und fordert die Bundesregierung auf, sich zur Erhaltung der gesetzlichen Mitgliedschaft zu bekennen..**